

Mitte – Studie: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Zick, Andreas/Küpper, Beate/ Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn. (327 S.)

Die so genannte „Mitte-Studie“ untersucht antidemokratische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Der vorliegende Eintrag bezieht sich auf die siebte Ausgabe der Mitte-Studie, die seit 2006 alle zwei Jahre von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wird. Seit 2012 wird sie in Zusammenarbeit mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG) veröffentlicht.

Forschungsinteresse

Im Fokus der Studie steht der Rechtsextremismus, der laut der Autor_innen „menschenfeindliche Einstellungen der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus, die Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, die Verharmlosung des Nationalsozialismus, einen nationalen Chauvinismus, sowie einen nationalen Sozialdarwinismus.“ (a.a.O.: 24) umfasst. Die Studie erfasst „kollektive Einstellungen und Orientierungen, die Meinungssystem umfassen“, und untersucht diese in „soziodemografischen und politischen Gruppierungen.“ (a.a.O.: 28).

Im Vergleich zu den Vorjahren, gibt es verschieden Neuheiten. Zum einen wurde die Befragung, nicht wie zuvor, Mitte des Jahres, sondern Ende 2018 und Anfang 2019 erhoben, um sich u.a. näher an dem Zeitpunkt der Europawahl zu orientieren (siehe a.a.O.: 35). Zum anderen werden neue Thematiken beleuchtet. Die Forscher_innen betrachten diesmal auch „antifeministische Meinungen und die Ideologie des Ethnopluralismus“ (a.a.O.: 25) sowie das Phänomen der Verschwörungsmythen und Untergangsszenarien.

Forschungsdesign/Methodik

Als Grundlage dient der Studie eine quantitative Bevölkerungsbefragung, die im Herbst/Winter 2018/19 durch das Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum (SUZ) mittels einer telefonischen Befragung und standardisierter Fragebogen durchgeführt wurde (siehe a.a.O.: 41). Die Antworten wurden anhand einer 5-stufigen Zustimmungsskala kategorisiert.

Insgesamt wurden 1.890 repräsentativ ausgewählte Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit befragt. Die finale Stichprobe wurde mit einer Anpassungsgewichtung unter Einbeziehung der soziodemografischen Hilfsvariablen Alter und Bildungsstand gewichtet. Es wurden Daten von insgesamt 986 Frauen (52,2 %) und 904 Männern (47,8 %) mit einem Altersdurchschnitt von 51,4 Jahren (Alter der Befragten: 18 – 97 Jahre) genutzt (siehe a.a.O.: 48). Die Studie konzentriert sich auf verschiedene Kategorien, die im Folgenden näher betrachtet werden.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Einer der Kategorien ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) bzw. das „Syndrom der Abwertung und Ausgrenzung verschiedener sozialer Gruppen“ (a.a.O.: 55). GMF wird gemessen, indem „vorurteilvolle, rassistische und auch diskriminierende Einstellungen gegenüber Gruppen“ untersucht werden (siehe a.a.O.: 53). Basierend auf den vorherigen Studien wurde die Beschreibung des Syndroms weiter ausdifferenziert und beinhaltet, laut Forscher_innen, mittlerweile dreizehn Elemente wie u.a. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Muslim- oder Fremdenfeindlichkeit sowie die Abwertung verschiedener Gruppen wie von wohnungslosen oder langzeitarbeitslosen Menschen. (siehe a.a.O.: 58). Die Antwortskalierung wird mit den Ergebnissen der Vorjahre verglichen. Insgesamt stellen die Forscher_innen fest, dass Abwertungen gegenüber diversen Bevölkerungsgruppen weiterhin weit verbreitet sind.

Im Vergleich zur Umfrage von 2016 (<https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/datenbank/#/d126>) sind Abwertung von Asylsuchenden gestiegen; jede zweite befragte Person neigt dazu. Mit 26 % sind die Abwertung von Sinti und Roma (26 %) weit verbreitet, hinzu kommen allgemein fremdenfeindliche Einstellungen (19 %) und muslimfeindliche Einstellungen (19 %). Der „klassische Antisemitismus mit seinen Verschwörungsmythen“ ist mit fast 6 % stabil verbreitet, während ca. ein Viertel israelbezogenem Antisemitismus zustimmen und fast ein Fünftel mit der Mittelkategorie teils/teils muslimfeindlichen Aussagen zustimmt. (a.a.66ff). Insgesamt sind die meisten Werte stabil gegenüber den Vorjahren; einen Rückgang gibt es bei der Zustimmung zur Abwertung gegenüber wohnungslosen Menschen, einen Anstieg bei der Abwertung gegenüber Langzeitarbeitslosen (siehe a.a.O.: 81).

Dabei stellen die Forscher_innen fest: „wer eine Gruppe abwertet, wertet mit statistisch überzufälliger Wahrscheinlichkeit auch weitere Gruppen ab“ (siehe a.a.O.78). So besteht u.a. eine Korrelation zwischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch zwischen der Abwertung von Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslosen (ebd.)

Des Weiteren wird GMF nach Kategorien wie „Herkunft, Geschlecht, Alter oder Bildung“ untersucht (siehe a.a.O. 85). Während sich Einstellungen kaum nach männlichen und weiblichen Antworten unterscheiden, lassen sich andere Unterschiede messen, z.B., dass sich eine signifikant vermehrte „Feindseligkeit gegenüber `Fremden´“ (siehe a.a.O. 85) unter Ostdeutschen feststellen lässt. Weiterhin vermerken die Forscher_innen unter Jüngeren (zwischen 16 und 30) eine höhere Abwertung gegenüber Wohnungslosen und Trans*Menschen, während Ältere eher muslimfeindlich oder gegen Asylsuchende eingestellt sind (siehe a.a.O.: 88).

Differenzierungen unter den verschiedenen Einkommensgruppen zeigen, dass die Zustimmung zu GMF eher in der sozioökonomischen Mitte angesiedelt ist, im Unterschied zu den Vorjahren, in denen es statistisch mehr Zustimmung in den niedrigeren Einkommensgruppen gab (siehe a.a.O.: 90). Weiterhin stellen die Forscher_innen fest: „Je höher das formale, also schulische Bildungsniveau ist, desto weniger stimmen die Befragten den GMF-Elementen zu.“ (a.a.O.: 91). Außerdem nehmen sie eine Verortung anhand der politischen Selbstpositionierung vor. Während ganz rechts im politischen Spektrum 95 % der Befragten einer Abwertung von Asylsuchenden zustimmen, findet sich auf der linken Seite mehr Zustimmung zur israelbezogenen Antisemitismus (siehe a.a.O.: 93). Von AFD-Wähler_innen wird der Großteil der GMF-Elemente vertreten, während unter Gewerkschaftsmitgliedern eine höhere Zustimmung zu Rassismus, Sexismus und Fremden- sowie Muslimfeindlichkeit vertreten ist (siehe a.a.O.: 95). Ebenfalls haben die Autor_innen die Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung untersucht. Sie stellen insgesamt fest, dass die Zustimmung zu GMF mit „Gewaltbilligung und -bereitschaft einhergeht und die Feindseligkeit dementsprechend nicht einzig in den Meinungen von Menschen verbleibt“ (a.a.O.: 102).

Rechtsextreme Einstellungen als Teil des Rechtsextremismus

Die Autor_innen bemerken, dass „Rechtsextremismus, neurechte Entwicklungen und Rechtspopulismus keine in sich abgeschlossenen Phänomene“ (a.a.O.: 119). und daher auch nicht immer klar zu differenzieren sind. Die Befragung gibt, laut der Autor_innen, „Auskunft über einen Rechtsradikalismus, der sich in menschenfeindlichen, rechtspopulistischen, neurechten und rechtsextremen Einstellungen ausdrückt“ (a.a.O.: 121). Rechtsextreme Orientierung wird anhand von sechs Dimensionen (Befürwortung Diktatur, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus) untersucht. Es lässt sich feststellen, dass „rechtsextreme Aussagen mehrheitlich von den Befragten abgelehnt werden“ und nur ca. 2-3 % der Bevölkerung zustimmen (a.a.O.: 123). Allerdings befürworten 3 % eine rechte Diktatur und 13 % einen nationalen

Chauvinismus, der z.B. durch die Aussage gekennzeichnet ist: „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ (a.a.O.: 124). Hervorzuheben ist, dass es die Zustimmung hierfür eher innerhalb der unteren Bildungsgruppen gibt und einen höheren Anteil unter Gewerkschaftsmitgliedern als unter Nicht-Mitgliedern (hier schlagen die Autor_innen eine vertiefende Studie vor) sowie mehr Zustimmung bei AFD-Wähler_innen und Sympathisant_innen im Vergleich zu Wähler_innen anderer Parteien (siehe a.a.O.: 144).

Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft

In einem weiteren Teil der Studie werden „Veränderungen im Rechtsaußenspektrum“ (a.a.O.: 149) näher beleuchtet. Dieser Aspekt wurde seit 2016 einbezogen und anhand der Indikatoren „Anti-Establishment/Elitenkritik“ und „Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Politik“ untersucht. Aktuell stimmen circa ein Drittel der Befragten zu). Weitere Aspekte sind die „Unterstellung eines Meinungsdictats“ (hier stimmen ca. 55 % der Befragten zu), „Islamverschwörung“ (hier ist die Zustimmung von 40 % 2016 zu aktuell 25 % gesunken) und „Nationale Rückbesinnung gegen die EU“ (während 17 % zustimmen, dass Deutschland ohne die EU besser dran wäre, befürworten 86 % mehr Zusammenhalt innerhalb der EU). Ergänzt wurden diese Aspekte 2018/2019 durch den „Ethnopolismus“ (geteilt von ca. 18 %) und dem „Antifeminismus“ (Zustimmung liegt bei 6 %) (siehe a.a.O.: 166-168). Insgesamt haben neue rechte Einstellungen zwischen 2016 und 2018/19 nicht zugenommen, spielen aber weiterhin eine Rolle. Laut Autor_innen bestätigt dies, dass eine „rein progressive Anti-Establishment-Haltung/Elitenkritik ohne antiplurale, gegen Minderheiten und Gleichstellung gerichtete Positionen (...) empirisch in der Breite der Bevölkerungsmeinungen eher selten (ist), häufiger geht dies Hand in Hand.“ (a.a.O.: 170-171).

Rechtspopulistische Einstellungen

Laut Autor_innen umfasst der Begriff „rechtspopulistische Einstellungen“ „diverse Parteien und politische Strömungen, Akteure und Stilmittel sowie Strategien“, die allerdings im „Einzelnen recht verschieden sein können“ (a.a.O.: 178). Die Kategorie wird mittels 6 Dimensionen erfasst: „Demokratiemiss-trauen, Law-and-Order-Autoritarismus und Abwertung von `Fremden`, Muslimen, Sinti und Roma sowie Asylsuchenden“ (a.a.O.: 181). Während ca. 59 % der Befragten Misstrauen gegenüber der Demokratie ausdrücken, ist die Anzahl der Zustimmung mit 62 % zu einem Law-and-Order-Autoritarismus noch höher (a.a.O.: 182). Die Werte sind ähnlich wie die aus dem Jahr 2016: Basierend auf den Antworten können mehr als 20 % als „klar rechtspopulistisch“ und mehr als 40 % „in der Tendenz

rechtspopulistisch“ bezeichnet werden. (siehe a.a.O.: 185). Während das Einkommen oder die Konfessionszugehörigkeit eine geringere Rolle spielen, spielt das formale Bildungsniveau sowie der Berufsstand eine stärkere Rolle (siehe a.a.O.: 186-187). Bestätigt wird auch, dass die Zustimmung höher ist, je mehr sich die Befragten selbst im rechten politischen Spektrum positionieren (a.a.O.: 188).

Darüber hinaus bestätigen die Ergebnisse die „enge Verknüpfung von rechtspopulistischen mit rechtsextremen und neuen rechten Einstellungen“ (a.a.O.: 192). Das neu aufgenommene Konstrukt des Ethnopluralismus, welches ein Konzept der Neuen Rechten im Sinne einer kulturellen „Reinhaltung“ von Staaten und Gesellschaften meint, wurde durch Aussagen wie u.a. „Jedes Volk besitzt eine unveränderliche Identität“ (siehe a.a.O.: 168) gemessen. Insgesamt stimmen 18% der Befragten Aussagen in Bezug auf Ethnopluralismus zu. Niedrige Zustimmungswerte (6%) gibt es bei dem ebenfalls neuen Thema „Antifeminismus“ (ebd.). Gesondert wird auf die Thematik „Flüchtlinge“ eingegangen. Der Aussage „Ich finde es gut, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufgenommen hat“ stimmten 2016 ca. 56 % zu (siehe a.a.O.: 192); 2018/19 ist dieser Wert um 10 % gesunken (ebd.).

Verschwörungsmythen

Neu aufgenommen hat die Studie die Zustimmung oder Ablehnung von Verschwörungstheorien, welche teilweise hohen Zuspruch finden. So sind 46 % der Befragten von der Existenz geheimer Organisationen überzeugt, ein Viertel davon, dass „Medien und Politik unter einer Decke stecken“ (a.a.O.: 214). Darüber hinaus wurden Aussagen zu Verschwörungsmentalität, Medienverschwörung, Wissenschaftsfeindlichkeit sowie Klimawandelleugnung herangezogen (siehe a.a.O.: 212). Insgesamt stimmen 38,5 % der Befragten den verschiedenen Aussagen durchschnittlich zu (siehe a.a.O.: 221). Männliche Befragte sowie solche mit einem niedrigen oder mittleren Bildungsniveau stimmen hier eher zu (siehe a.a.O.: 214). Es finden sich außerdem klare Korrelationen zu GMF-Elementen; besonders zu Antisemitismus (siehe a.a.O.: 218).

Einstellungen zur Demokratie

Aussagen zur Demokratie werden durch Aussagen zu Demokratiemisstrauen, illiberales Demokratieverständnis, pluralistische Demokratiefürwortung, Demokratievertrauen, politische Machtlosigkeit sowie zivilcouragierte Orientierung gemessen (siehe a.a.O.: 230). Es lässt sich insgesamt stabil festhalten, dass in Deutschland der Demokratie Vertrauen entgegengebracht wird (siehe a.a.O.: 234). Anhand der Werte ziehen die Autor_innen allerdings das Fazit für die politische Bildung bzw. Demokratiebildung, dass Bildung die Demokratie erfahrbar machen „und nicht nur abstraktes Wissen über das politische System vermitteln“ sollte (a.a.O.: 241).

Unterschiede zwischen Ost- und West

Die Forscher_innen merken an, dass „sich der Trend einer im Osten verbreiteten Neigung zu hart rechtsextremen Einstellungen nicht fort(setzt)“ (a.a.O.: 253). Allerdings neigen ca. 30 % der Ostdeutschen, im Verhältnis zu knapp 20 % der in Westdeutschland Befragten, zur Zustimmung zu rechtspopulistischen Aussagen (siehe a.a.O.: 255). Bei den GMF-Indikatoren stimmen Ostdeutsche eher einer Abwertung von Asylsuchenden sowie Muslimen und einer Fremdenfeindlichkeit zu; Westdeutsche neigen tendenziell eher zur Abwertung von "homosexuellen, trans*- und langzeitarbeitslosen Menschen" (ebd.). Hervorzuheben ist, dass in Ostdeutschland das „Gefühl, politisch machtlos zu sein“ besonders verbreitet ist (siehe a.a.O.: 258), während sich deutschlandweit eine Sorge bezüglich der Globalisierung findet, allerdings auch Zustimmung zur EU (siehe a.a.O.: 262).

Anmerkungen der Fachstelle

Die „Mitte-Studie“ liefert eine detaillierte Übersicht über rechtsextreme Einstellungen innerhalb Deutschlands in jeglichen Facetten. Dabei differenzieren die Autor_innen stets die konkreten Dimensionen, vergleichen die Werte mit den Vorjahren und liefern zusätzliche Vorgehens- und/ oder Begriffserklärungen, z.B. im Kontext des Antisemitismus. Die Studie bietet daher eine fundierte wissenschaftliche Grundlage, nicht nur für die Wissenschaft, sondern gerade auch für die Praxis und ganz konkret auch Anknüpfungspunkte für die politische Bildung.

Basierend auf den Erkenntnissen, nennen die Autor_Innen einige Empfehlungen in Bezug auf die Stärkung der Mitte und auf die politische Bildung. Erstens wird gefordert, „das zivilgesellschaftliche Engagement besser anzuerkennen und zu fordern“ (a.a.O.: 295). Zweitens soll durch das „Konzept einer lebenslangen politischen Bildung und reflexiven Mündigkeit, also die Fähigkeit menschenfeindliche, rassistische und antidemokratische Orientierungen verstehen zu können“ eine Sozialisation zur Demokratie bestimmt werden (296) und drittens wird festgestellt, dass „seit vielen Jahren am Leitbild einer Kultur der Gleichwertigkeit“ festgehalten wird, das weiter ausgestaltet werden muss (a.a.O.: 297). Zuletzt wird, vor allem im Hinblick auf die Zustimmung zu Verschwörungsmäthen, das „Leitmotiv der Entzauberung des Populismus vorgeschlagen“ (a.a.O.: 298).

Bezugsquelle: Friedrich-Ebert-Stiftung <https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie/>

Zum Weiterlesen

Datenbankeintrag: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/datenbank/#/d126>

Interview mit Andreas Zick (Teil 1): „Wir brauchen neue Leitbilder in der politischen Bildung.“ <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/im-gespraech/mitteilung/artikel/wir-brauchen-neue-leitbilder-in-der-politischen-bildung-interview-mit-andreas-zick-teil-1/>

Interview mit Andreas Zick (Teil 2): „Wir brauchen Themen, zu denen auch Menschen mit sehr extremen Vorstellungen noch hinkommen“ <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/im-gespraech/mitteilung/artikel/wir-brauchen-themen-zu-denen-auch-menschen-mit-sehr-extremen-vorstellungen-noch-hinkommen-in/>

„Wie wollen wir Hass und Extremismus bremsen, ohne zu wissen, wo die Ursachen liegen?“ Fünf Fragen an Andreas Zick <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/im-gespraech/mitteilung/artikel/wie-wollen-wir-hass-und-extremismus-bremsen-ohne-zu-wissen-wo-die-ursachen-liegen-fuenf-fragen-a/>